



Nr. 265.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

93. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Im Oberamtsbezirk Calw für die einpaltige Zeile 12 Pfg., außerhalb desselben 16 Pfg., Restanten 30 und 35 Pfg. Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. Fernsprecher 9.

Montag den 11. November 1918.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Wfr. 2.25 vierteljährlich, Postbezugspreis im Orts- u. Nachbarortverkehr Wfr. 2.15, im Fernverkehr Wfr. 2.25, Beleggeld in Württemberg 30 Pfg.

Annahme der vernichtenden Waffenstillstandsbedingungen.

Die Waffenstillstandsbedingungen der Entente.

(W.B.) Berlin, 10. Nov. (Amtlich.) Folgendes ist ein Auszug der Waffenstillstandsbedingungen der Entente:

1. Inkrafttreten 6 Stunden nach Unterzeichnung.
2. Sofortige Räumung von Belgien, Frankreich und Elsaß-Lothringen innerhalb 14 Tagen. Was an Truppen nach dieser Zeit übrigbleibt, wird interniert oder kriegsgefangen.
3. Abzugeben sind 5000 Kanonen, zunächst schwere, 30 000 Maschinengewehre, 30 000 Minenwerfer, 2000 Flugzeuge.
4. Räumung des linken Rheinufers. Mainz, Koblenz und Köln werden auf einen Radius von 30 Kilometer Tiefe vom Feind besetzt.
5. Auf dem rechten Rheinufer sind 30-40 Kilometer Tiefe neutrale Zonen. Räumung in 11 Tagen.
6. Auf dem linken Rheinufer darf nicht hinweggeführt werden, alle Fabriken, Eisenbahnen und Straßen müssen intakt bleiben.
7. 5000 Lokomotiven, 10 000 Waggons, 10 000 Kraftwagen sind abzugeben.
8. Unterhaltung der feindlichen Besatzungstruppen durch Deutschland.
9. Im Osten sind alle Truppen hinter die Grenze vom 1. August 1914 zurückzunehmen. Ein Termin dafür ist nicht angegeben.
10. Verzicht auf die Verträge von Brest Litowsk und Bukarest.
11. Bedingungslose Kapitulation von Ostafrika.
12. Rückgabe des Bekandes der Belgischen Bank, des russischen und rumänischen Goldes.
13. Rückgabe der Kriegsgefangenen ohne Gegenleistung.
14. Abgabe von 100 U-Booten, 8 leichten Kreuzern und 6 Dreadnoughts. Die übrigen Schiffe werden unter Kontrolle und Überwachung der Alliierten in neutralen oder alliierten Häfen gestellt.
15. Sicherung der freien Durchfahrt durch das Kattegatt. Wegräumung der Minenfelder und Befreiung aller Forts und Batterien, von denen an diese Durchfahrt verhindert werden könnte.
16. Die Blockade bleibt bestehen. Deutsche Schiffe dürfen weitergefahren werden.
17. Alle von Deutschland für die Neutralen vorhandenen Beschränkungen der Schifffahrt werden aufgehoben.
18. Der Waffenstillstand dauert 30 Tage.

Die Waffenstillstandsbedingungen angenommen

(W.B.) Berlin, 10. Nov. (Amtlich.) Heute morgen fand eine Besprechung der Staatssekretäre statt. Nach Bekanntgabe der Bedingungen des Waffenstillstandes wurden die Bedingungen angenommen. Entsprechende Weisungen sind der Friedensdelegation gegeben worden.

Die deutsche Regierung an die amerikanische Regierung.

Heute Nacht ist folgende Note an den Staatssekretär Lansing nach Washington gesandt worden: Herr Staatssekretär! Überzeugt von der Gemeinsamkeit der demokratischen Ziele und Ideale, hat sich die deutsche Regierung an den Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten mit der Bitte gewandt, den Frieden wieder herzustellen. Dieser Frieden sollte den Grundrissen entsprechen, zu denen Präsident Wilson sich stets bekannt hat. Er sollte eine gerechte Lösung aller strittigen Fragen und eine dauernde Versöhnung der Völker zum Zweck haben. Der Präsident hat ferner erklärt, daß er nicht mit dem deutschen Volk Krieg führe und es in seiner friedlichen Entwicklung nicht hindern wolle.

Die deutsche Regierung hat die Bedingungen für den Waffenstillstand erhalten.

Nach einer Blockade von 50 Monaten würden diese Bedingungen, insbesondere die Abnahme der Verkehrsmittel und die Unterhaltung der Besatzungstruppen bei gleichzeitiger Fortdauer der Blockade die Ernährungslage Deutschlands zu einer verzwei-

felten gestalten und den Hungertod von Millionen Männern, Frauen und Kindern bedeuten.

Wir mußten die Bedingungen annehmen. Wir machen aber den Präsidenten Wilson feierlich und ernst darauf aufmerksam, daß die Durchführung der Bedingungen im deutschen Volk das Gegenteil der Bestimmung erzeugen muß, die eine Voraussetzung für den Wiederaufbau der Völkergemeinschaft bildet und einen dauerhaften Friedensfrieden verbürgt.

Die deutsche Regierung wendet sich daher in letzter Stunde nochmals an den Präsidenten mit der Bitte, auf eine Milderung der vernichtenden Bedingungen bei den alliierten Mächten hinzuwirken. Der Staatsminister des Auswärtigen Amtes: Solf.

Verbrüderungszügen von deutschen und französischen Truppenteilen.

(W.B.) Leipzig, 10. Nov. Von einem gestern Abend aus dem Westen eingetroffenen Angehörigen der Armee wird der „Leipziger Abendzeitung“ glaubhaft versichert, daß es kurz vor seiner Abreise an mehreren Stellen der Westfront zu großen Verbrüderungszügen zwischen deutschen und französischen Truppenteilen kam, bei denen rote Fahnen entrollt und sozialistische Lieder gesungen wurden. Bereits vor vier Tagen sollen, wie dabei die französischen Truppen erzählten, 4 französische Divisionen gemuntert haben, jedoch noch sich verhalten gesehen habe, sie zögen nicht hinter die Frontlinie zurückzugehen. Auch an der früheren deutsch-englischen Front sollen ähnliche Ereignisse stattgefunden haben.

Kein Frieden mit einem bolschewistischen Deutschland.

(W.B.) Berlin, 10. Nov. Der deutsche Gesandte im Haag und in Brüssel berichtet, daß nach ganz zuverlässigen Nachrichten aus Ententezonen die Entente mit einem bolschewistischen Deutschland keinen Frieden schließen würde, weil sie in einem solchen Staate keine Regierungsgewalt finden würde, deren Autorität und Dauer genügend verbürgt wäre. Die Entente würde sich berufen fühlen, in diesem Falle in Deutschland einzumarschieren und in Deutschland Ordnung zu schaffen. — Das soll doch heißen, daß die Entente ganz Deutschland besetzen und „Ordnung“ schaffen will, wie etwa in Rußland.

Die Ummwälzung in Deutschland.

Die Abdankung des Kaisers und Kronprinzen.

(W.B.) Sonderdepesche. (Amtlich.) Der Kaiser und König hat sich entschlossen, dem Throne zu entsagen. Der Reichskanzler bleibt noch so lange im Amte, bis die mit der Abdankung des Kaisers, dem Thronverzicht des Kronprinzen des Deutschen Reiches und von Preußen und der Einsetzung der Regentschaft verbundenen Fragen geregelt sind. Er beabsichtigt, dem Regenten die Ernennung des Abgeordneten Ebert zum Reichskanzler und die Vorlage eines Gesetzesentwurfes wegen der sofortigen Ausschreibung allgemeiner Wahlen für eine verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung vorzuschlagen, der es obliegen würde, die künftige Staatsform des deutschen Volkes einschließlich der Volksteile, die ihren Eintritt in die Reichsgrenzen wünschen sollten, endgültig festzustellen.

Berlin, 9. 11. 1918. Der Reichskanzler: Prinz Max von Baden.

Der Kaiser in Holland.

(W.B.) Berlin, 10. Nov. Der Kaiser ist mit zehn Herren Gefolge in Arnhem in Holland eingetroffen und wird dort in der Villa des Barons Bentinck Wohnung nehmen.

Der neue Reichskanzler an das deutsche Volk!

(W.B.) Berlin, 9. Nov. Der neue Reichskanzler Ebert erläßt folgende Rundgebung an die deutschen Bürger: Mitbürger!

Der bisherige Reichskanzler Prinz Max von Baden hat mir unter Zustimmung der sämtlichen Staatssekretäre die Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskanzlers übertragen. Ich bin im Begriff, die neue Regierung im Einvernehmen mit den Parteien zu bilden und werde über das Ergebnis der Öffentlichkeit berichten.

Die neue Regierung wird eine Volksregierung sein. Ihr Bestreben wird sein müssen, dem deutschen Volk den Frieden schnellstens zu bringen und die Freiheit, die es erungen hat, zu beschaffen.

Mitbürger! Ich bitte Euch alle um Eure Unterstützung bei der schweren Arbeit, die unser harzt. Ihr wißt, wie schwer der Krieg die Ernährung des Volkes, die erste Voraussetzung des politischen Lebens, bedroht.

Die politische Ummwälzung darf die Ernährung der Bevölkerung nicht föhren!

Es muß die Pflicht aller in Stadt und Land bleiben, die Produktion von Nahrungsmitteln und ihre Zufuhr in die Städte nicht zu hindern, sondern zu fördern.

Nahrungsmittelnot bedeutet Minderern und Raub mit Elend für alle. Die Vermissten würden am schwersten leiden, die Industriearbeiter am bittersten getroffen werden.

Wer sich an Nahrungsmitteln oder sonstigen Bedarfsgegenständen oder an den für ihre Verteilung benötigten Verkehrsmitteln vergreift, veründigt sich aufs schwerste an der Gesamtheit.

Mitbürger! Ich bitte Euch alle dringend: Verlaßt die Straße! Sorgt für Ruhe und Ordnung!

Berlin, den 9. November 1918.

Der Reichskanzler: Ebert.

Die Usartung der Revolution.

An die Arbeiter- und Soldatenräte! Das Volk muß verhungern, wenn die Bahntransporte gestört werden. Das geschieht aber durch jeden Eingriff unzulässiger Stellen in den Bahnbetrieb und die Bahnverwaltung. Gestern sind an verschiedenen Orten von U.S.R. solche Eingriffe vorgenommen worden, zum Beispiel in den Betrieb von Rangierbahnhöfen und in die Kasienführung von Bahnhäusern. Das darf nicht wieder vorkommen. Wiederholungen müssen zur Arbeitsverweigerung unserer braven Eisenbahner und zum Stillstand jedes Bahnverkehrs föhren.

Berlin, 10. November 1918.

(W.B.) Berlin, 10. Nov. Der Arbeiter- und Soldatenrat teilt mit: Arbeiter, Bürger! Zur Sicherstellung der Lebensmittelversorgung ist es unbedingt erforderlich, daß die rationierten Lebensmittel nur auf Karten vertrieben und entnommen werden. Zuwiderhandlungen verletzen die Interessen der Allgemeinheit und gefährden den Kampf des Volkes um seine Freiheit. Sie werden daher auf das allerstrenge geahndet werden. Berlin, 10. Nov. 1918. J. A. des Arbeiter- und Soldatenrats: Der Ernährungsausschuß: Em. Wurm.

Der Reichskanzler erläßt folgenden Aufruf: An Alle! Die Verpflegung unserer Kameraden an der Westfront ist in größter Gefahr. Gerade im gegenwärtigen Augenblick muß sie unbedingt aufrecht erhalten werden; das sind wir unsern Kameraden schuldig. Jede Plünderung oder Beschlagnahme ruhender oder auf dem Transport befindlicher Verpflegungsmittel, die für das Feldheer bestimmt sind, jede Verletzung oder Verzögerung von Transporten, jede Unterbrechung der Verladearbeiten bei den bisher mit dem Verpflegungsausschuß betrauten militärischen Stellen muß daher unter allen Umständen unterbleiben. Setzt Euch mit aller Kraft für diese Aufgabe ein! Der Reichskanzler (gez.) Ebert.

Momentbilder aus Berlin.

(W.B.) Berlin, 10. Nov., 4.15 Uhr nachmittags. Zu dem von der „A. Z.“ am Mittag“ gemeldeten Vorang erfahren wir folgendes: Das Schloß ist von Offizieren vollständig geräumt und von den Mätetruppen besetzt. Die Lage ist vollkommen ruhig. Gegen 2 Uhr fiel aus Richtung der Universität der letzte Schuß. Sonst ist nichts Verdächtiges in der Umgebung des Schlosses vorgefallen.

(W.B.) Berlin, 10. Nov., 4.15 Uhr nachmittags. Heute nachmittag 3 Uhr marschierte eine Abteilung von 500 Soldaten unter Führung des Polizeipräsidenten Eichhorn zum Polizeipräsidium. Die Mannschaften sollen als Polizeitruppen ausgebildet werden, die Leben und Eigentum des Publikums zu beschützen haben.

(W.B.) Berlin, 10. Nov. Sämtliche Kriegsgefangenen durften am heutigen Sonntag zum erstenmal frei ausgehen. Ihre freies und ungezwungenes Benehmen belebte das Berliner Straßensbild in charakteristischer Weise. Vielfach wurden die Gefangenen vom Publikum ins Gespräch gezogen. An verschiedenen Stellen der Stadt ist es zwischen Mätetruppen und französischen und russischen Kriegsgefangenen zu Verbrüderungszügen gekommen.

(W.B.) Berlin, 9. Nov. (Meldung des Arbeiter- und Soldatenrats.) Karl Liebknecht führt die rote Fahne auf dem Schloß, Karl Liebknecht hat die rote Fahne auf dem Schloß gehißt. Auch vom Brandenburger Tor weht die rote Flagge. (Großer Jubel bei der Bevölkerung.)

Der Großherzog von Oldenburg abgesetzt.

(W.B.) Hamburg, 11. Nov. Der Arbeiter- und Soldatenrat meldet folgenden Funkpruch aus Wilhelmshaven: Der Großherzog von Oldenburg ist abgesetzt worden.

Die Umwälzung in Sachsen.

(W.B.) Berlin, 11. Nov. Dem „Vorwärts“ wird aus D. W. gemeldet: Der sächsische König ist abgesetzt. Der revolutionäre Arbeiter- und Soldatenrat von Groß-Dresden erläßt einen Aufruf an das Volk, in dem gesagt wird: Der König ist seines Thrones entsetzt. Die Dynastie Wettin hat aufgehört zu existieren. Die Erste Kammer ist aufgelöst. Auch die Zweite Kammer besteht nicht mehr. Die Staatsminister, die im Einverständnis mit dem vereinigten revolutionären Arbeiter- und Soldatenrat die Geschäfte provisorisch weiterführen, haben sofort Resignation auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts für Männer und Frauen auszusprechen.

Die Vorgänge in Baden.

(W.B.) Karlsruhe, 10. Nov. Eine neue Regierung ist unter dem Vorsitz des Sozialdemokraten Geis gebildet worden. An ihr sind die beiden sozialdemokratischen Parteien, die Nationalliberalen, Fortschrittler und das Zentrum beteiligt. Das Amt des Auswärtigen wird in die Hände eines Nationalliberalen gelegt. Die Unabhängigen belegen die Ämter des Krieges und der sozialen Angelegenheiten, die Sozialdemokraten die der Justiz, des Verkehrs und des Unterrichts, das Zentrum die der Finanzen und der Ernährung. Minister des Innern ist der fortschrittliche Abgeordnete Dr. Haas. Auf Wunsch der Unabhängigen wurde dieses Ministerium vom Großherzog nicht ernannt. Dieser erklärte, daß die neue Regierung zwar nicht auf dem verfassungsmäßigen Wege zustande gekommen sei, daß er aber unter den gegebenen Umständen keine Einwendung erhebe.

Die Vorgänge in Württemberg.

An alle Soldaten.

(W.B.) Stuttgart, 11. Nov. An alle Soldaten. Sämtliche Soldaten haben sich unverzüglich zu ihrem Truppteil zu begeben. Nichtbefolgung wird strengstens bestraft. Der Soldatenrat (ges.) E. Mann.

Ein Aufruf der neuen württ. Volksregierung.

An das württembergische Volk!

Eine gewaltige, aber glücklicherweise unblutige Revolution hat sich heute vollzogen. Die Republik ist erklärt. Eine neue Epoche der Demokratie und der Freiheit bricht an, die alten Gewalten treten ab und das Volk, das die Revolution bewirkt hat, übernimmt die politische Macht. Seine nächste Vertretung bildet der aus den freien Gewerkschaften, der Sozialdemokratischen Partei und dem Arbeiter- und Soldatenrat berufene Arbeitsausschuß, dem sich General v. Ebbinghaus mit seinem Offizierskorps zur Durchführung der erforderlichen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit zur Verfügung gestellt hat. Die genannten Körperschaften werden geeignete Fachleute für die Fortführung der Verwaltungsgeschäfte heranziehen ohne Rücksicht auf ihre politische oder religiöse Gesinnung. Die Regierung ist provisorisch, und betrachtet es als ihre erste Aufgabe, eine konstituierende Landesversammlung auf Grund der in unserem Programm bekanntgegebenen Wahlrechtsforderungen vorzubereiten. Die Regierung wird eine umfassende Amnestie erlassen. Sie fordert die Bewahrung der Ruhe und Ordnung zu unterstützen, sowie die Arbeit wieder aufzunehmen. Unberufenen Elementen, die sich öffentliche Ämter anmaßen, ist mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Berechtigt zu Amtshandlungen sind nur die mit amtlichem Ausweis versehenen Vollzugsorgane. Für den Schutz von Leben und Eigentum ist Vorkehrung getroffen. Die Soldaten gehorchen dem von ihnen gewählten Soldatenrat. Von den öffentlichen Beamten, insbesondere dem Personal der Verlehrsanstalten, erwarten wir, daß sie weiter ihre Schuldbigkeit tun. Freies Versammlungs- und Vereinsrecht ist für alle Zivil- und Militärpersonen gewährleistet. Es werden umfassende soziale Reformen vorbereitet. Die Bevölkerung der übrigen Gemeinden des Landes fordern wir auf, sich dem von der Stuttgarter Bevölkerung gegebenen Beispiel anzuschließen und in den wirtschaftlichen und sonstigen Beziehungen zur Landeshauptstadt keine Störungen eintreten zu lassen. Wir werden es als unsere besondere Pflicht ansehen, uns der Interessen der gesamten Bevölkerung des Landes und sämtlicher Erwerbschichten aufs nachdrücklichste anzunehmen. Wir entbieten brüderlichen Gruß den Arbeitern und Soldaten aller Länder und fordern sie auf, mit dem revolutionären deutschen Volk solidarisches Handeln und damit einen baldigen, dauernden Frieden der Gerechtigkeit herbeiführen zu helfen.

Stuttgart, den 9. November 1918.

Die provisorische Regierung: Vorsitz: Bloss, Crispian, Auswärtiges: Bloss, Inneres: Crispian, Arbeitsministerium: Lindemann, Finanzen: Vorläufig unbefestigt, Kult: Heymann, Justiz: Mattutat, Krieg: Schreiner.

Erklärung: Ich habe mich bereit erklärt, im Einvernehmen mit dem Soldatenrat mitzuwirken, daß die militärische Ordnung in Stuttgart aufrecht erhalten bleibt. 9. November 1918. General v. Ebbinghaus.

Die Republik Württemberg.

(W.B.) Stuttgart, 10. Okt. Gestern hat die Revolution, die von der Wasserkrante aus in raschem Fluge sich über ganz Deutschland ergießt, auch in Stuttgart ihren Einzug gehalten. Heute befindet sich die Stadt völlig in den Händen der Vertreter der beiden sozialdemokratischen Richtungen, die alle früheren Gegensätze vergessen und sich verbrüder haben. Eine neue Regierung hat sich, wie das Wolffsche Büro noch gestern abend berichten konnte, im Landtagsgebäude gebildet, die die Verwaltung und Organisation des Landes mit Fachleuten ohne Rücksicht auf ihre politische und religiöse Gesinnung besetzt halten will. — Mit dem Schlag 9 Uhr legten alle Arbeiter der großen Rüstungs- und anderen Betriebe die Arbeit nieder und bewegten sich, nach Zehntausenden zählend, in geordneten Zügen durch die größeren Straßen der Stadt. Auf dem Schloßplatz, im Schloßhof, am Schillerdenkmal, auf dem Marktplatz und Karlsplatz sprachen die sozialdemokratischen Führer unter großem Beifall zu den Scharen, unter denen sich viele Soldaten befanden. Eigene

Soldatenabteilungen marschierten mit roten Fahnen in der Menge. Im Waisenhaus waren Maschinengewehre aufgestellt, die von der Menge herausgeholt wurden. Meist wurden die Gewehre der Wächter im Schloßhof und am Wilhelmplatz, wie bereits berichtet, zertrümmert. Am Palais selbst bewegte sich den ganzen Tag eine ungeheure Menschenmenge; statt der Königsstandarte weht auf der Spitze die rote Fahne. Das Eigentum des abwesenden Königs bleibt unberührt und heute steht dort ein vom Soldatenrat aufgestellter Wächterposten. Am Schloßplatz sind die vier Statuen der Siegesgötter und am Karlsplatz das Reiterdenkmal Kaiser Wilhelms mit roten Fahnen ausgestattet. Im allgemeinen ist die Umsturzbewegung unblutig verlaufen; es kam zu beinahe keinen Ausschreitungen, da die großen Massen sich in straffer Disziplin bewegten. Die Geschäfte hielten ihre Türen offen. Die öffentlichen Gebäude, der Bahnhof, das Telefon- und Telegraphenamt, die Postdirektion sind mit Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrats besetzt; der Verkehr wickelt sich in voller Ordnung wie bisher ab. Vor dem Gouvernementsgebäude am alten Marktplatz steht ein Matrosenposten; dort hat General v. Ebbinghaus, der neue Gouverneur von Stuttgart, seinen Sitz. Er hat sich dem Arbeiter- und Soldatenrat zur Verfügung gestellt, mit der Versicherung, die militärische Ordnung in der Stadt aufrecht zu erhalten. In allen wichtigeren Plätzen stehen Soldatenposten mit geschultertem Gewehr. Alle Soldaten tragen nur mehr die württembergische Kolarde. Durch Flugblätter wird denjenigen, die plündern, die standrechtliche Erschießung angedroht. Im Landtagsgebäude hat nunmehr der Arbeiter- und Soldatenrat seinen Sitz; die Polizeibehörden unterstehen gleichfalls seinen Befehlen. Das „Neue Tagblatt“ wurde von ihm erlöst, sich künftig zunächst nur auf Nachrichtendienst zu beschränken und alle Proklamationen des A.-u.-S.-Rats an hervorragender Stelle zu veröffentlichen. Die Umzüge dauerten gestern bis spät in die Nacht hinein an, obwohl die Polizeistreife auf 10 Uhr festgesetzt war. Zahlreiche mit Soldaten und Arbeitern besetzte Automobile fuhren mit einbrechender Dunkelheit auf das Land hinaus, um dort die Bewegung weiter auszubreiten. Im Gustav-Siegle-Haus fand um 8 Uhr eine äußerst zahlreich besetzte Versammlung statt, in der der Reichs- und Landtagsabg. Keil eine Darstellung der Vorgänge und der gegenwärtigen Lage gab. Nach ihm sprachen ein Matrose, ein Münsinger Soldat und schließlich Frau Frieda Perlen, die bekannte Führerin der deutschen Frauen- und Friedensbewegung. Die Stadt zeigt heute in den Vormittagsstunden ein ruhiges, fast friedliches Bild. Der Straßenbahnverkehr, der gestern den ganzen Tag ruhte, ist wieder aufgenommen. Ab und zu sieht man einen von Soldaten geführten Kraftwagen mit roter Fahne. Die Hoftheater bleiben heute geschlossen. — Die neue Regierung wird die Geschäfte des Staates so lange führen, bis sie, wie die „Schwäb. Tagwacht“ heute in einem Sonderblatt mitteilt, durch eine von einer Nationalversammlung zu bildenden definitiven Regierung ersetzt werden kann; diese Nationalversammlung soll möglichst rasch einberufen werden.

Öffentliche Versammlung in Calw.

* Ein Niederschlag der allgemeinen Umwälzung, wie sie dieser Tage über ganz Deutschland sich verbreitet hat, zeigte sich auch bei der gestrigen von der hiesigen sozialdemokratischen Partei ausgerichteten Versammlung. Die Veranstaltung wurde äußerst zahlreich besucht; auch Soldaten, Anhänger anderer politischer Parteien und eine Anzahl von Frauen nahmen teil; der große Saal des „Waldschen Hof“ war bis auf den letzten Platz gefüllt. Anstatt des Landtagsabgeordneten Heymann, der wegen seines Eintritts ins neue Ministerium wohl verhindert war, sprach der Landtagsabgeordnete Reichelt von Stuttgart. Der Redner, der als gemäßigter, ruhiger Politiker bekannt ist, machte seine Ausführungen auch in objektiver, sachlicher Weise, die auch dem politischen Anders Orientierten das Recht seiner Meinung zugestanden. Er schilderte zuerst die Entwicklung der revolutionären Vorgänge im Reich und die dadurch entstandene Umwälzung, um dann auf die Bewegung in Württemberg einzugehen und schließlich auf das gesamte innen- und außenpolitische Programm der neuen Regierung im Reich. Der Redner gab darüber Aufklärung, daß die neue Regierung selbstverständlich am Reichsgedanken unter allen Umständen festhalte. Deutsch-Österreich und Deutsch-Böhmen solle das neue Deutschland auch umfassen. Das Festhalten am Reichsgedanken sei nicht nur aus politischen, sondern auch aus wirtschaftlichen, sozialen Gründen notwendig. Ein Auseinanderfallen der Bundesstaaten würde eine kolossale Schädigung der Industrien und damit der Arbeiter bedeuten, denn die Rohstoffe und sonstigen wirtschaftlichen Faktoren seien nicht überall gleich verteilt, sodaß bei einer politischen Trennung hier und dort die Industrien eingehen würden.

Ueber die Einführung der Republik in Württemberg sagte der Redner, daß damit das Volk zu einer viel größeren tätigen Mitarbeit herangezogen werden könne. Was die Person des Königs anbelange, so müsse er als ein höchst achtbarer Mann bezeichnet werden, dem niemand etwas nachsagen könne. In seiner Proklamation vom Samstag habe er aber schon ausgesprochen, daß seine Person niemals ein Hindernis einer von der Mehrheit des Volkes geforderten Entwicklung sein solle. (Wie er auch bisher seine Aufgabe einzig und allein darin erblickt habe, dem Wohl und den Wünschen seines Volkes zu dienen.) Zu der Festsetzung des wahlberechtigten Alters auf 20 Jahre für Staatsangehörige beiderlei Geschlechts bemerkte der Redner, daß auch das Ministerium Reichling, Kiene, Hieber, das tags zuvor ins Leben gerufen worden war, das Wahlrecht auf beide Geschlechter vom 21. Jahre an zugelassen hatte. Wenn man bedenke, wie in diesem Kriege schon die jungen Leute vom 18. Jahr an für reif erachtet wurden, das Vaterland zu verteidigen, und was die jungen Mädchen in der Heimat geleistet haben, dann erscheine die Forderung nicht übertrieben. Die neue Regierung sei natürlich nur eine provisorische. Sie werde so lange bleiben, bis eine neu gewählte Nationalversammlung die endgültige Regierung bestimme. Wichtig für die neuen Verhältnisse sei die Abschaffung aller auf Besitz und Geburt bestehenden Vorrechte. Diese Vorrechte seien nicht mehr begründet und nicht mehr zeitgemäß. Sie seien es gewesen, die uns in diesen Sumpf geführt hätten. Daß

die Waffenstillstandsbedingungen hart sein würden, das hat der Redner richtig vorausgesehen. Seine Hoffnung jedoch, daß die englischen und französischen Arbeiter, namentlich aber die französischen, sich dagegen aussprechen würden, daß wir angefaßt der Umgestaltung in Deutschland auch harte Friedensbedingungen erhalten, dürfte doch wohl etwas rosig gefärbt sein. Gewiß, wir wollen den französischen Arbeitern den Gerechtigkeitsstimm nicht absprechen, sie haben ihn im Krieg schon verschiedentlich bewiesen, und wir werden im Frieden im Interesse der europäischen Verständigung unsere Beziehungen dort anzuknüpfen haben, heute aber sind in der französischen Republik die rückwärtsgerichtetsten Eroberungspolitikern am Ruder, ein Zeichen, daß diese Eigenschaften auch in einer freien Republik blühen können. Ja, wer die Geschichte der letzten 40 Jahre verfolgt hat, der weiß, daß letzten Endes an diesem Krieg die freie Republik Frankreich mit der ersten Schuld trägt. Nicht ohne Bedeutung ist auch die Einschränkung, die der Redner bezüglich der englischen Arbeiter gemacht hat. Er weiß so gut wie wir, daß den englischen Arbeitern die englische Weltbeherrschung, die Beherrschung sämtlicher Rohstoffgebiete durch England recht wohl gefällt, und daß ihre große Mehrheit außer der Belohnung besser internationaler Verbundenheit keine praktische Interessensverbindung mit den Genossen anderer Länder sucht, außer, wenn es der Weltbeherrschung Englands nichts schadet. Gerade aber das Moment haben wir in unserem letzten Leitartikel vom Samstag hervorgehoben, daß wir uns in keiner Weise Hoffnungen bezüglich der Gesinnungsart der uns feindlichen Völker machen dürfen, wenn uns daraus nicht die schwersten Schädigungen für unser Land erwachsen sollen. Die Anschauung des Redners, daß wir bei unserer Meinungsäußerung in einem geistigen Dunstkreis befangen gewesen seien, überlassen wir dem Urteil der Zukunft. Gerne würden wir eingestehen, daß wir uns getäuscht haben, aber die Zeichen, — und die Entente Waffenstillstandsbedingungen unterstreichen das noch, — sind brohend genug darauf hingedeutet, daß die Entente nicht nur, wie der Redner mehrfach betont hat, einen Vernichtungszug gegen uns organisiert und begonnen hat, sondern daß sie die wirtschaftliche und politische Vernichtung des deutschen Volkes auch durchführen will. Wir werden einsehen, daß das Angeschickentum jene Gefühlsregungen nicht kennt, und nie gekannt hat, die es heuchlerischer Weise zur Beherzigung für die andern in der Welt verbreitet hat, sondern daß Engländer und Amerikaner nur kalt rechnen, wie sie den lästigen Deutschen dauernd von der Konkurrenz fernhalten können. Zu spät haben wir Deutschen das erkannt. Aber die Schuld fällt nicht auf die heute Regierenden, sondern auf die die sich anmaßen, die auswärtige Politik ohne Mitwirkung des deutschen Volkes führen zu können. Nur dürfen sich die heute für die Gegenwart und Zukunft des Volkes Verantwortlichen nicht von dem Irrtum leiten lassen, daß wir Verständnis für unsere Entwicklung auf der gegnerischen Seite zu erwarten haben. Es wird ein ausgesprochenes Nachfröhen werden. Auf diese Aussicht bereitetete der Redner auch vor, indem er sagte, das Maß der Abrüstung werde von der Entente bestimmt werden.

Beherzigenswerte Worte fand der Redner in Bezug auf die Gestaltung unserer inneren Ordnung. Die bolschewistische Welle dürfe nicht über das deutsche Vaterland hereinbrechen, es seien auch schon Maßnahmen zur Herbeiführung eines sozialen Friedens ergriffen worden. Die Vertreter der Schwerindustrie und Hüttenwerke seien mit den Arbeitervertretern zusammengelassen und hätten über die künftigen Arbeits- und Lohnverhältnisse gesprochen, wobei auch betont worden sei, daß bei den Friedensverhandlungen ein allgemeiner Arbeiterkongress tagen solle, damit in allen Ländern gleiche soziale Lasten und soziale Verpflichtungen der Unternehmer eingeführt werden, um gleiche Arbeitsbedingungen und gleiche Wettbewerbsfähigkeit sicher zu stellen. Zu der Umwälzung in Stuttgart übergehend erklärte der Redner, daß infolge Drucks der unabhängigen Sozialdemokraten die Regierung der Mehrheitsparteien zurückgetreten sei. Im allgemeinen sei die Umwälzung ruhig vor sich gegangen, einzelne bedauernde Vorkommnisse seien allerdings festzustellen. Bei Öffnung des Amtsgerichtsgefängnisses seien auch schwere Verbrecher befreit worden und aus der Kotebühnenkaserne seien für mehrere Hunderttausend Mark Bekleidungsgegenstände gestohlen worden. Aus diesem Grunde richtete der Redner an alle Mitbürger im Waisenrod die Mahnung, strengste Disziplin zu halten, denn auf solche Ausschreitungen sei jetzt vom Arbeiter- und Soldatenrat standrechtliche Erschießung als Strafe gesetzt worden. Die neue Regierung werde es sich angelegen sein lassen, überall die Ordnung aufrecht zu erhalten und Eigentum und Leben der Bevölkerung Schutz angedeihen zu lassen. Die ausgesprochene Befürchtung, daß das Eigentum der Bauern enteignet werden solle oder Kriegsanleihen über 1000 Mark annulliert werden sollen, habe keinen Grund. Es werde nur eine gerechte Verteilung der Staatsschuldenlast angestrebt. Die Kriegsgewinnler und die wirklich Besizenden würden herangezogen, kleine Sparrer, Handwerker und der kleine Landwirt würden keinesfalls in ihrem Eigentum geschädigt werden. In diesem Sinne sei auch die Demobilisation und die Uebergangswirtschaft zu behandeln. Es müßte dafür gesorgt werden, daß die Ueberleitung der Kriegsbetriebe in Friedensbetriebe schnell ermöglicht werde, daß Wohnungsmöglichkeiten geschaffen werden, und daß auch die aus den Kriegsinstrumenten entlassenen Arbeiter und Arbeiterinnen, die größtenteils vom Lande stammen, wieder aufs Land zurückkehren könnten, um so einer Katastrophe unserer Ernährungsorganisation vorzubeugen. Zur Lösung aller dieser großen Fragen gehöre gemeinschaftliche Zusammenarbeit aller Kreise und soziales Verständnis für die Erfordernisse der neuen Zeit.

Nach dem Redner sprach Herr Oberlehrer Müller, der zwar als Deutschschweizer für das deutsche Volk warme Worte fand, der sich aber anscheinend bezüglich seiner Ausführungen doch nicht darüber klar war, daß es sich in diesen Stunden und in dieser Versammlung um ganz andere Dinge handelte. So ging sein Pathos, der unter anderen Umständen vielleicht erheben hätte wollen können, vollständig verloren. Handelschuldirektor Zügel fragte an, warum nicht die gesetzlich anerkannte Volksvertretung berufen worden sei, und welche Männer von der neuen Regierung Württemberger seien.

Der Referent erklärte, daß er über die Staatsangehörigkeit der meisten neuer Männer nicht orientiert sei, und daß die Mehrheitssozialisten auch für eine Einberufung des Landtags gewesen wären, sie hätten sich aber der starken Bewegung füge müssen. Als stellvertretender Stadtwarden begrüßte Herr Dreiß die starke Einsetzung des Redners für Ordnung und Disziplin. Wir sollen Vertrauen zur neuen Regierung haben und Vertrauen in unser Volk, das trotz aller Schläge nicht untergehen könne.

Die Versammlung, die von Robert Stör in sachlicher Weise geleitet worden war, erklärte sich schließlich durch Handaufhebung mit den Ausführungen des Referenten einverstanden.

Vermischte Nachrichten.

Vor der Kundgebung des Anschlusses der Deutsch-Oesterreicher an Deutschland.

(WZV.) Wien, 10. Nov. Die deutsch-oesterreichische Nationalversammlung wird am Dienstag nur über den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland beschließen. Die Frage der Staatsform selbst bleibt offen, da sie auch in Deutschland endgültig erst von der konstituierenden Nationalversammlung beschlossen werden soll. Die deutsch-oesterreichische Nationalversammlung wird ihren Beschluß auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker fassen, das ja von der Entente selbst proklamiert worden ist.

Der französische Nationalgeist.

(WZV.) Paris, 9. Nov. (Agence Havas.) Der „Matin“ berichtet: Die Kammern der beiden Kammern waren gestern sehr belebt. Der Ministerpräsident erschien dort auf kurze Zeit und

erzählte den Abgeordneten Einzelheiten über die Ankunft der deutschen Bevollmächtigten auf französischem Boden und über ihre Reise von den Linien bis zum Hauptquartier des Marschalls Foch. Clemenceau, dessen Gesicht unumschränktes Vertrauen zu einem glücklichen Ergebnis der Besprechungen widerspiegelt, gab zu verstehen, daß er eine endgültige Antwort für Sonntag erhoffe. Clemenceau entschied zusammen mit Deschanel, daß die Kammer ausnahmsweise heute und morgen Sitzungen abhalten solle, falls dies nötig sein würde. Erklärungen Clemenceaus und Plichons in den Gängen des Senates machten den besten Eindruck. Clemenceau beabsichtigt, für die Annahme eines Antrages des Generals Maubail einzutreten, wonach jedem Infanteristen sein Helm mit der Aufschrift „Soldat des Großen Krieges“ geschenkt werden soll. Die Familien der an der Front gefallenen Soldaten werden gleichfalls einen Helm erhalten mit der Aufschrift „Gefallen für das Vaterland“.

Dauernde böswillige Beschuldigungen Deutschlands seitens der amerikanischen Regierung.

(WZV.) Washington, 7. Nov. (Drahtlos.) Der Staatssekretär hat die folgende Note an den schweizerischen Gesandten gesandt: Sehr geehrter Herr! Ich habe die Ehre, Sie zu bitten, die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf das folgende zu lenken: In ihrer Note vom 20. Oktober hat die deutsche Regierung erklärt, daß die deutschen Truppen strengsten Befehl hätten, Privateigentum zu schonen und so weit irgend möglich Rücksicht auf Bevölkerung zu nehmen. Nun hat die Regierung der Vereinigten Staaten erfahren, daß die deutschen Behörden in Belgien den Kohlenbergwerksgesellschaften angeordnet haben, daß alle Maschinen und Tiere die Gruben verlassen sollen und daß alle im Besitz der Gesellschaften befindlichen Rohmaterialien an Deutschland ausgeliefert werden sollen und die Gruben sofort zerstört werden würden. Solche überflüssige und bössartige Handlung, die die Vernichtung ihrer Lebensnotwendigkeit für die Bevölkerung in Belgien und weiterhin Leiden und Verluste an Menschenleben einschließen, müssen auf die Regierung und das Volk der Vereinigten Staaten notwendig den Eindruck machen, daß sie absichtlich grausam und inhuman sind. Wenn diese Handlungen, die eine flagrante Verletzung der Erklärung vom 20. Oktober darstellen, ausgeführt werden, so wird das den Glauben beträchtigen, daß die feierlichen Versicherungen der deutschen Regierung nicht in gutem Glauben gegeben wurden. Unter diesen Umständen erhebt die Regierung der Vereinigten Staaten, der die Erklärung vom 20. Oktober gegeben worden ist, nachdrücklich Protest angesichts der Maßregeln, die die deutschen Behörden im Sinne haben, für deren Verhalten die deutsche Regierung

nollauf verantwortlich ist. Genehmigen Sie die wiederholte Versicherung meiner größten Verehrung. (gez.) Robert Lansing. — Hierzu erklärt das WZV.: Die Reichsregierung hat die in der Note vom 20. Oktober gegebene Erklärung genau und loyal erfüllt. Es sind danach sofort Befehle an die Truppen ergangen, Privateigentum zu schonen und jede mögliche Rücksicht auf die Bevölkerung der besetzten Gebiete zu nehmen. Nachdem am 27. Oktober von neutralen und belgischer Seite behauptet worden war, daß mit der Zerstörung oberirdischer Anlagen von Bergwerken bei Mons begonnen werde, hat die Regierung auf Anfrage bei der Deeresleitung von diesem am 21. Oktober die Erklärung erhalten, daß mit der Zerstörung der belgischen Bergwerke an keiner Stelle begonnen worden sei. Es seien lediglich gewisse Vorbereitungen getroffen worden, um bei Fortdauer der militärischen Operationen durch Lufterbetriebe einzelner Maschinen die Fördermöglichkeit für etwa drei Monate zu unterbrechen. Um auch eine vorübergehende Schädigung der belgischen Bergwerke zu vermeiden, hat die Reichsregierung am 31. Oktober den Regierungen Spaniens und Hollands vorgeschlagen, die Gruben vollständig unbesetzt unter ihre Aufsicht zu nehmen. Eine Stellungnahme der belgischen Regierung zu diesem Vorschlag liegt noch immer nicht vor. Trotzdem sind auch jetzt noch keinerlei Zerstörungen belgischer Bergwerke vorgenommen worden.

(Es ist klar, daß die ganze Geschichte nur in den Rahmen der gemeinsten aller Verleumdungsfeldzüge gehört, die das Amerika der „Menschlichkeit“ gegen das deutsche Volk seit Jahren unternimmt. Und von einem solchen Ungehener von Niederträchtigkeit erwartet man bei uns Verständnis für die Lebensinteressen des deutschen Volkes.)

Wie die Kriegswut des amerik. Volkes aufgepeitscht wird.

(WZV.) Rotterdam, 10. Okt. Das Niederl. Pressebüro Radio meldet aus Washington: Das Staatsdepartement veröffentlicht einen Protest, den es durch die spanische Botschaft in Amerika überreichen ließ, dagegen, daß amerikanische Kriegsgefangene in Deutschland gezwungen werden, zu arbeiten, während sie krank und arbeitsunfähig sind, und daß die amerikanischen Zivilgefangenen überhaupt zu arbeiten gezwungen würden. Die amerikanische Regierung verlangt die sofortige Befreiung der amerikanischen Gefangenen von allen Arbeiten, wenn sie arbeitsunfähig sind, Ferner müsse die Vererbung der Postpakete aufhören. — Der Charakter dieses Protestes schließt sich würdig den andern an, die alle bestimmt sind, die Kriegswut des amerikanischen Volkes zu steigern. Wahr ist an der Sache zweifellos kein Wort. Das schadet aber dem Gerechtigkeitsinn eines Wilson nichts.)

Für die Schriftl. verantwortl. Otto Sellmann, Calw. Druck und Verlag der H. Dellschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Entrichtung des Warenumsatzstempels.

Das Gesetz über einen Warenumsatzstempel vom 26. Juni 1916 ist mit dem 31. Juli 1918 außer Kraft getreten. Die nach diesem Gesetz bisher zur Entrichtung der Abgabe vom Warenumsatz verpflichteten gewerbetreibenden Personen und Gesellschaften im Kameralamtsbezirk Sirsau werden hiermit aufgefordert, den steuerpflichtigen Beitrag ihres Warenumsatzes in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Juli 1918 bis spätestens zum 15. November 1918

der unterzeichneten Steuerstelle schriftlich oder mündlich anzumelden und die Abgabe gleichzeitig mit der Anmeldung einzuzahlen (in bar, mit Banküberweisung, Bancksche, Postsche oder Zahlkarte).

Für rücklagspflichtige Luxusgegenstände der in der Verordnung des Bundesrats über die Sicherung einer Umsatzsteuer auf Luxusgegenstände vom 2. Mai 1918 (RGBl. S. 379) bezeichneten Art ist der bisherige Warenumsatzstempel nur noch für die Zeit vom 1. Januar bis 4. Mai 1918 zu entrichten.

Als steuerpflichtiger Gewerbebetrieb gilt auch der Betrieb der Land- und Forstwirtschaft, der Viehzucht, der Käserei und des Gartenbaues sowie der Bergwerksbetrieb.

Beläuft sich der Jahresumsatz auf nicht mehr als 3000 M., so besteht eine Verpflichtung zur Anmeldung und eine Abgabepflicht nicht. Gleichwohl empfiehlt es sich, zur Vermeidung von Erinnerungen, auch in diesem Fall eine Anmeldung abzugeben.

Wer der ihm obliegenden Anmeldepflichtung zuwiderhandelt oder über die empfangenen Zahlungen oder Lieferungen wesentlich unrichtige Angaben macht, hat eine Geldstrafe verwirkt, welche dem zwanzigfachen Betrage der hinterzogenen Abgabe gleichkommt. Kann der Betrag der hinterzogenen Abgabe nicht festgestellt werden, so tritt Geldstrafe von 150 M. bis 30 000 M. ein.

Zur Erfüllung der schriftlichen Anmeldung sind Vordrucke zu verwenden; sie können bei der unterzeichneten Steuerstelle und bei den Ortssteuerämtern kostenlos entnommen werden.

Steuerpflichtige sind zur Anmeldung ihres Umsatzes verpflichtet, auch wenn ihnen Anmeldevordrucke nicht zugegangen sind.

Sirsau, den 5. November 1918. R. Bezirkssteueramt. Boelter.

R. Amtsgericht Calw.

Die Reihenfolge, in welcher die für das Jahr 1919 gewählten Schöffen an den einzelnen ordentlichen Sitzungen Dienst zu leisten haben, wird durch Auslosung in der am

Mittwoch, den 13. November 1918, vormittags 1/2 12 Uhr stattfindenden öffentlichen Sitzung des R. Amtsgerichts bestimmt werden. Den 8. November 1918.

Oberamtsrichter Schwarz.

Calw.

Am Dienstag, den 12. November 1918, vormittags 8 Uhr, wird bei der Stadtpflege der

Grabenausschlag

an der Staatsstraße nach Althengstett meistbietend versteigert.

Den 9. November 1918.

Stadtpflege: Frey.

Tüchtiges, zuverlässiges Mädchen

für kleinen, guten Haushalt nach Tuttlingen

auf 1. Dezember ds. Js. gesucht. Gute Behandlung. Nähere Auskunft erteilt

Frau Mathilde Vogel, Lederstraße.

Gesucht auf 15. Nov. oder 1. Dez. ein ordentliches, zuverlässiges

Mädchen

von etwa 18 Jahren, welches schon in Stellung war, für kleinen Haushalt von 3 erwachsenen Personen, eventl. kann auch ein Mädchen eingelernt werden.

Frau Ernst Baumann, Feuerbach Jägerstr. 46.

Wegen Verheiratung meines seitherigen Mädchens suche ich auf 1. Dez. oder 1. Januar tüchtiges, fleißiges

Mädchen

für Küche u. Hausarbeit. Ang. an Frau Apotheker Weibrecht, Rürtingen.

4 sechs Wochen alte

Pintscher

sofort zu verkaufen.

Ruhrhaus Talmühle.

Eine ältere

Milch=



Ruh

hat zu verkaufen.

Karl Koller, Maurer, Stammheim.

Friedrich Meyer

Leutnant d. R.

Frau Maria Meyer, geb. Müller

Vermählte

Herbolzheim

Calw

11. November 1918.

Statt Karten.

Sofie Günther August Rappold

Verlobte

Nagold

November 1918.

Calw

Stadtgemeinde Calw.

Die auf nachfolgende Lebensmittelmarken bestellten Waren können gekauft werden:

Nr. 78 Knochenbrühwürfel, auf 2 Anteile entf. 3 Würfel	
Nr. 79 Kaffee-Ertrag,	„ 1 „ „ 250 Gramm
Nr. 80 Käse	„ 1 „ „ 100 Gramm
Nr. 82 Gerste	„ 1 „ „ 100 Gramm
Nr. 83 Lofe Suppen	„ 1 „ „ 100 Gramm

Calw, den 11. November 1918.

Stadtschultheißenamt: A. B. Dreiß.

Neuhengstett.

Verkaufe meinen am Ruhbank Markung Calw gelegenen

Acker

21 ar 70 qm groß Johann David Hagge.

Den beim Drechseln abfallenden

Unkraut-Samen

(Stämich) kauft

auch kleinste Menge

R. Otto Bincon.

Stammheim.

Schaff=



Ruh

mit dem 2. Kalb 35 Wochen trüchtig, verkauft

Christoph Müller.

Bad Teinach, den 11. November 1918.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten zur schmerzlichen Nachricht, daß unser liebes Kind, Schwester und Nichte



Marta

im Alter von 11 Jahren nach kurzer, schwerer Krankheit gestorben ist.

Um stille Teilnahme bittet

Familie Waizecker.

Beerdigung Dienstag nachmittag 2 Uhr.

Unterreichenbach, 9. November 1918.

Todes-Anzeige.

Tiefbetrübt machen wir Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, daß meine liebe Frau, unsere gute, treubeforgte Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Luise Fischer,

geb. Bischoff,

nach kurzer, schwerer Krankheit im Alter von 46 Jahren heute früh 2 1/4 Uhr im städt. Krankenhaus Pforzheim sanft entschlafen ist.



Um stille Teilnahme bitten in tiefer Trauer:

der tiefgebeugte Gatte: Gottlieb Fischer, Bäckermeister,

die Töchter: Luise und Helene.

Beerdigung Dienstag nachmittag 1 Uhr in Unterreichenbach.

Calw, den 8. November 1918.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Bruders, Schwagers und Onkels



Fritz Schelling

für die trostreichen Worte des Herrn Stadtpfarrers am Grabe, die Blumen-spenden und die zahlreiche Begleitung zu seiner letzten Ruhestätte, sprechen den herzlichsten Dank aus

die trauernden Hinterbliebenen.

Arbeiter und Arbeiterinnen

jeder Art, werden angenommen.

Maschinenfabrik Klein-Wildbad.

Arbeiter

zum sofortigen Eintritt suchen

Kunstbaumwollwerke M. Horkheimer, Hirsau.

Arbeiter und Arbeiterinnen

sucht

Marmorwerk Teinach.

Windhof, 11. November 1918.

Todes-Anzeige

Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß mein liebes, gutes Kind, Bruder und Enkel



Jakob Friedrich

nach kurzer schwerer Krankheit im Alter von 4 Jahren gestorben ist.

Um stille Teilnahme bitten

die Mutter: Lina Schnürle, Witwe, mit Kind;

die Großeltern: Familie Waidlich, Alzenberg,

Familie Schnürle, Oberriedt.

Beerdigung in Altburg, Dienstag nachmittag 2 Uhr.

1. Wie entferne ich den beißenden Tabakgeschmack? zugleich Anleitung zum Weizen. 21.—30. Tausend.
2. Selbstherst. v. Zigarren, Zigaretten, Kautabak, 12.—17. Tausend.
3. Verarbeiten der Tabakpflanzen zu

Pfeifentabak 51.—60. Tausend
Leichte Anleitungen, jede 90 Pfg.

Weize f. Tabak u. Ertrag
(ähnl. Varinasgeschm.) leicht M. 1.90
mittel M. 2.50, stark M. 2.90. Jede
Packung reicht für 5 Pfd. Tabak.
Alle Preise zuzüglich 20 %.

G. Weller, Nösraß (Rhd.)

Auf Bezugsschein

la. Qual. **Publücher**

(baumwollen),

ferner

Sorgobesen

und **Bürsten**

empfehlen

K. Otto Vinçon.

verbessert wird jedes **Handschrift**
Handelskurse für alle
Berufe (Einf., Dopp., amerikan.
Buchf., Maschinenschr., Stenogr.)
Lehrpl. gratis. **Hofkalligr.**
Gander, 61 Lange-Strasse 61
in Stuttgart.

Schreibvorlagen
Mk. 2.-

Landhaus



in schöner, freier Lage bestehend aus 2 Wohnungen zu je 3 Zimmern und Küche nebst reichlichen Nebenräumen mit

18 ar Garten
ist wegen Auflösung des Haushaltes zu verkaufen.

Näheres in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Vorzügliches

Tranfett

ist wieder zu haben.

Albert Wochele, Lederhdg.

Calw, den 8. November 1918.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Liebe und Teilnahme, die wir während der Krankheit und beim Hinscheiden meines lieben Mannes, unseres Sohnes, Schwiegersohnes, Bruders, Schwagers, Onkels und Neffen



Maschinenmeister

Albert Weißmann

erfahren durften, sagen auf diejem Wege herzlichsten Dank

die trauernden Hinterbliebenen.

Calw, 8. November 1918.

Dankfagung.

Für die zahlreichen Beweise herzlichster Teilnahme, welche wir bei dem frühen Hinscheiden meiner lieben Gattin und Mutter



Margarethe Standella

geb. Meier

erfahren durften, dem Herrn Pfarrer für die trostreichen Worte am Grabe, der Krankenschwester für ihre liebevolle Pflege und allen, die der Verstorbenen während ihrer Krankheit Liebe erwiesen haben, den Herren Ehrentägern, für die vielen Kranz- und Blumen-spenden, und die zahlreiche Begleitung zu ihrer letzten Ruhestätte sagen herzlichsten Dank

die trauernden Hinterbliebenen.

Liebenzell.

Schlafzimmer- und Möbel-Versteigerung.

Im Auftrage des Herrn Wilh. Kühle, Sattler daselbst, bringe ich am Mittwoch, den 13. November, mittags von 12 Uhr an, folgende Möbel, wegen Aufgabe der Fremdenzimmer, gegen Barzahlung zur Versteigerung:

verschiedene vollständige Schlafzimmereinrichtungen mit Kapock-Matratzen, feinen Federn- und Oberbetten, Waschtische mit Marmor- und Spiegelaufsatz, verschiedene Kinderbetten, 2 Plüschdivan, 1 Sofa, Amerikaner, Sessel, Vorhänge usw.

Bemerkt wird noch, daß sämtliche Möbel neu sind und auch für Brautpaare sich eignen.
Lieberhaber sind eingeladen.

Stadtinventierer Kolb.

Jeder Landwirt

findet sicher das größte Lager in

Pflügen u. Gängen

mehrerer Fabrikate in der Maschinenhandlung

Max Zucker, Weilderstadt,

Telefon Nr. 41.

Kettenstränge Ketten

für Pferde und Vieh, sowie alle übrigen

sind stets in großer Auswahl vorrätig bei

Emil Reiter, Weilderstadt.